

Medienmitteilung

Motion Luginbühl „Steigerung der Attraktivität des Stiftungsstandortes Schweiz“

Unverständlich und enttäuschend: Bundesrat will keine Verbesserungen im Stiftungsrecht

Die Bürgerlich-Demokratische Partei der Schweiz BDP ist enttäuscht, dass der Bundesrat die Motion von BDP-Ständerat Werner Luginbühl nicht umsetzen will. Mehr als drei Jahre nach der deutlichen Überweisung des Vorstosses durch das Parlament kommt er nun zum Schluss, dass keine Massnahmen notwendig sind, um die Attraktivität des Stiftungsstandortes Schweiz zu erhöhen.

Die BDP teilt die Auffassung des Bundesrates ganz und gar nicht, haben doch verschiedene Länder in den letzten Jahren grosse Anstrengungen unternommen, ihre Standortattraktivität im Stiftungsbereich deutlich zu erhöhen. Für die Schweiz als heute noch attraktiver Stiftungsstandort gilt es, durch proaktives Handeln den Vorsprung zu halten und auszubauen. Aus diesem Grund hat Ständerat Werner Luginbühl 2009 die Motion „Steigerung der Attraktivität des Stiftungsstandortes Schweiz“ (http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20093344) eingereicht.

Unverständlich ist für die BDP ebenfalls, dass trotz mehrfacher Aufforderung die betroffenen Verbände und Organisationen nicht in die Arbeiten einbezogen wurden. Damit hat man es verpasst, das vorhandene Know How dieser Kreise einzubeziehen, womit auch die Sicht der Praxis fehlt.

Positiv wertet die BDP die Absicht des Bundesrates kein Oberaufsichtsmodell einführen zu wollen. Die bisherige Stiftungsaufsicht hat sich im Grundsatz bewährt und bedarf keiner grundlegenden Änderungen. Die BDP ist aber nach wie vor überzeugt, dass der Stiftungsstandort Schweiz bald substantiell Verbesserungen benötigt, wenn er nicht ins Hintertreffen geraten will, und deshalb wird sich die BDP auch weiterhin für einen attraktiven Stiftungsstandort einsetzen.

Auskunft:

SR Werner Luginbühl, 079 481 07 69

NR Martin Landolt, 079 620 08 51

27.02.2013